



Indymedia Printausgabe

Widerstand gegen Atomtransport nach Gorleben

Weitere Themen:

Europäisches Sozialforum in Paris +++ Freispruch für Asylbewerber in Wien +++

Solidarität mit Hungerstreikenden in Thessaloniki +++ Proteste gegen Studiengebühren

#43

Aktuelle Berichterstattung von den AktivistInnen auf der Strasse und im Web unter <http://de.indymedia.org>

Es ist Castorzeit ...

von linn - 11.11.2003 00:10

Auch der 7. Castortransport ins so genannte "Zwischen"lager für atomare Abfälle nach Gorleben stösst wieder auf vielfältigen, bunten und gleichzeitig entschlossenen Widerstand. Die vagen Ausstiegsversprechen der Rot-Grünen Bundesregierung haben den Widerstand kaum schwächen können und an seiner Notwendigkeit nichts geändert.

Beim letzten Transport im November 02 mußte der Zug eine ganze Reihe unplanmäßiger Stops einlegen, die ihn mehr als 10 Stunden verzögerten. In diesem Jahr haben sich viele Aktionsgruppen auf den Transport vorbereitet, und auch in diesem Jahr gibt es in der AntiAtom-bewegung den Aufruf, den Castor schon vor Erreichen des Wendlandes zu stoppen. Und auch in diesem Jahr versuchte ein Teil der bürgerlichen Presse, den Widerstand mit Falschmeldungen zu demotivieren.

Doch am Samstag, den 8.11 fand in Dannenberg die traditionelle Auftaktdemonstration für den Widerstand gegen den Castortransport statt. Und sie wurde von über 6000 Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet besucht – weit mehr als letztes Jahr, und doppelt so viele wie von Polizei und VeranstalterInnen erwartet. Die Bäuerliche Notgemeinschaft beteiligte sich mit knapp 200 Traktoren an den Protesten. Gleichzeitig wurden Camps und Infopunkte in Lüneburg, Hitzacker, Metzingen, Splietau etc bezogen.

Am Sonntag hielten 12 AktivistInnen (wie schon in der Woche davor) einen Förderturm der Endlagerbaustelle in Gorleben besetzt und verliessen ihn freiwillig nach 12 Stunden wieder. Mehrere kleine Aktionen wie Spaziergänge, Laternenumzüge, Musikveranstaltungen im Freien und Diskussionsrunden im Warmen, Rallies und Kundgebungen bildeten den Auftakt zu den Widerstandstagen. Am Abend dann, um etwa 19 Uhr, verliess der Castor die Plutoniumfabrik / WAA in La Hague, begleitet von Protesten in Frankreich, im Süden und im Norden. Hinter Luneville gelang es einem Franzosen und einem Wendländer, sich im Gleisbett festzuketten und den Transport für zwei Stunden aufzuhalten. Der Symbolwert der deutsch-französischen Kooperation war bewusst gewählt ...



Am Montag passierte der Transport um 16 Uhr mit über drei Stunden Verspätung die Grenze bei Lauterbourg. In Lüneburg versammelten sich derweil 2500 Menschen zu einer lautstarken Anti-Castor-Demo. Auf der Castor-Straßenstrecke in Gusborn (Wendland) feiern circa 1000 potentielle BlockiererInnen eine Party mit Treckern & Trommeln. Auch in Maximiliansau, Darmstadt, Marburg, Fulda, Hitzacker und in vielen anderen Orten waren hunder AtomkraftgegnerInnen an und auf der Strecke. Die 13.000 PolizistInnen im Einsatz waren, wie schon so oft, überfordert. So auch am Abend, als zwei AktivistInnen erneut durch Anketten den Transport für zwei weitere Stunden aufhielten. Der BGS brauchte eine ganze Weile, um die beiden loszuschneiden, und weil die Blockadestelle gut gewählt war, konnte der Zug nicht einfach zurücksetzen.

Die Strassenparty in Gusborn wurde nachts noch geräumt. Aus einem Augenzeugenbericht: „mehrfach bullen räumen ab; zahlreiche verletzte! kinder werden von treckeranhängern gerissen,... die erste reihe kriegt fäuste ins gesicht. bullen treten, schlagen, es wird in einem offenen kessel abgedrängt. trecker werden kurzgeschlossen und von bullen weggefahren. ...“

Tickermeldung 23:50: +++ Mittlerweile hat der Castor-Zug eine Verspätung von 7 Stunden +++

>> de.indymedia.org/2003/11/65509.shtml

wer? hakt: the media; besann: the media



selbermachen statt konsumieren!!!

Paris: Treffen Sozialer Bewegungen Europas

von Mr.iX - 10.11.2003

Während in Europa die sozialen Bewegungen mehr und mehr an Dynamik gewinnen, findet in Paris das zweite Europäische Sozialforum (ESF) statt. Bis zu 100.000 Menschen aus ganz Europa werden werden erwartet. Höhepunkte sind eine Großdemonstration am kommenden Samstag, sowie ein Treffen der sozialen Bewegungen am Sonntag. Die 250 Seminare, mehr als 250 Workshops und 55 Großplenas werden an mehreren Orten stattfinden: La Villette, Bobigny, Saint-Denis, Ivry und Saint Ouen.

Das erste ESF fand vergangenen November in Florenz statt. 60.000 Menschen nahmen teil - doppelt so viele wie erwartet. Im Anschluss demonstrierten 1 Millionen Menschen gegen Kapitalismus und Krieg. Das ESF stand im Zeichen der Kriegsvorbereitungen und war geprägt von der starken Dynamik der italienischen Basisbewegungen, der Repression und der unglaublichen Hetze der Medien, welche sich fast vollständig in der Hand Berlusconi befinden.

Viel kritisiert wurde im Vorfeld die teilweise intransparente und hierarchische Struktur der französischen ESF-Vorbereitung ...

>> Weiter auf der nächsten Seite >>



Seite 1

>> Fortsetzung von Seite 1

Größere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wurden gegenüber radikaleren und Basis-Gruppen bevorzugt. Die französischen sozialen Bewegungen sind im Gegensatz zu Italien stark von reformistischen und relativ staatstragenden Organisationen dominiert. Aus diesem Grunde haben sich libertäre und weitere Gruppen und Netzwerke dazu entschlossen, ein selbstorganisiertes libertäres Sozialforum in Paris (Saint Ouen) durchzuführen, welches als Zusatz und nicht als Parallelveranstaltung zum ESF verstanden wird. Ein Disobedience Space (Intergalactique GLAD) beschäftigt sich mit der Globalisierung der sozialen Kämpfe und der Aktionen des Ungehorsams.

Wie in Florenz gibt es wieder ein Medienlabor und ein indymedia Zentrum als Treffpunkt für alternative MedienaktivistInnen und anderes. Das nächste Weltsocialforum (WSF) findet im Januar in Indien statt. Dazu: de.indymedia.org/2003/11/65123.shtml

>> de.indymedia.org/2003/11/65643.shtml

Saloniki: 50 Tage Hungerstreik

aus dem geburtsland der demokratie - 08.11.2003

Während der Auseinandersetzungen beim EU Gipfel in Thessaloniki (Griechenland) im Juni, kam es zu rund 100 Ingefahrnahmen durch die Polizei. Anklagen wurden gegen 29 Personen erhoben, von denen die 22 mit Auflagen freigelassen wurden.

Gegen die übrigen 7 gibt es schwere Anklagen, die zum größten Teil auf haarsträubende Polizeikonstruktionen basieren. Bekanntestes Beispiel ist der Fall von Simon Chapman, dem ein Rucksack voll mit Molotovcocktails zur Last gelegt wird. Selbst im griechischen Staatsfernsehen war zu sehen, dass Simon während seiner Festnahme einen blauen Rucksack auf hatte, dieser ihm gewaltsam weggenommen wurde und von Riotcops gegen einen anderen, schwarzen ausgetauscht wurde. Für die zuständigen Rechtsbehörden war das kein Grund für seine Freilassung, auch wenn ganz Griechenland weiß, dass hier mal wieder die Bullen mit ihren stümperhaften Methoden am Werk sind. Nun sind 5 der 7 Gefangenen im Hungerstreik. Sie wählten das letzte und äußerste Mittel, das ihnen zur Verfügung steht, um eine Freilassung durch politischen Druck zu erwirken, da in den Monaten der U-Haft klar wurde, dass auf dem juristischen Weg nichts zu erreichen war. [...]

Den Hungerstreik begann am 20. September Suleiman Castro, syrischer Staatsangehöriger, der seit Jahren auf Kreta lebt. Dort involvierte er sich in die selbstorganisierten Arbeitskämpfe der MigrantInnen und war den Behörden eh schon ein Dorn im Auge. Ihm droht nicht nur Knast sondern auch eine

Abschiebung nach Syrien. Das könnte sogar die Todesstrafe bedeuten da Castro in Syrien politisch verfolgt ist und auf diversen Listen des Regimes steht.

Dem Streik folgten 2 Wochen später Carlos Martinez und Fernando Perez aus dem spanischen Staat, der erwähnte Simon Chapman aus England und Spiros Tsitsas aus GR. Die gesundheitliche Situation der Gefangenen ist teilweise sehr kritisch, während die Verantwortung wie ein Bällchen vom Gefängnis über die Polizei zu diversen Krankenhäusern und wieder zurück gespielt wird.

[...] Seit Beginn des Hungerstreiks und bis jetzt fanden im ganzen Land um die 15 Solidemos statt. Anfangs organisiert von der anarchistischen / antiautoritären Szene, formiert sich mittlerweile eine breitere linke Bewegung für das Leben und die Freiheit der Gefangenen. Eine andere Form der direkten Aktion in diesem Kontext sind eine große Anzahl von Besetzungen von staatlichen Behörden, Rathhäusern und Radiosendern. Aber auch ohne dass die Sender besetzt werden, wird das Ganze mehr und mehr Thema in den Medien. Auch militante Formen des Protests häufen sich. In Athen und Saloniki gibt es fast täglich Brandanschläge.

Aber auch in anderen Ländern gab und gibt es Kundgebungen, z.B. vor Konsulaten oder Tourismusbehörden: St. Francisco, Helsinki, Malaga, Madrid, Burgos, Bilbao, Barcelona, London, Norwich und anderswo. Desweiteren wurden z.B. in Barcelona bei einer Soliaktion die Türen von 70 U-Bahnstationen zugeklebt. Überhaupt ist das ganze in Spanien ein Thema und die Zusammenarbeit zwischen Gruppen und Szenen der beiden Länder sehr intensiv. Im weltweitem Klima des „Anti“terrors und der inneren Sicherheit, ein Paar Monate vor dem Start der olympischen Spiele, zeigt die griechische Demokratie zu was sie in der Lage ist. Die Fassade ist dünn und dahinter steckt der selbe reaktionäre Scheiß wie überall.

>> de.indymedia.org/2003/11/65340.shtml



Besetztes Rathaus in Irakleion

Christian D. aus Sierra Leone: Freispruch

by Kater Konstantin - 11:53pm Sat Nov 8 '03

Zweifelhafte Urteile gegen Menschen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft haben, sind in der österreichischen Justiz seit langem keine Seltenheit mehr. Diesmal wollen wir jedoch von einem Freund berichten, der ausnahmsweise nicht Opfer von rassistisch beeinflusster Rechtsprechung wurde.

Christian D. stammt aus Sierra Leone und lebt als Asylwerber in Wien. Am 12. September 2003 will Christian einkaufen gehen, als er von 3 Polizisten aufgehalten und kontrolliert wird. Er wird von einem Polizisten am Hals gepackt festgehalten und anschließend perlostriert. Dabei werden 50€ in Bar entdeckt, Drogen werden nicht gefunden, jedoch glauben die Polizisten, Schluckbewegungen zu sehen. Christian wird von den Polizisten festgenommen und kommt in Untersuchungshaft in die Justizanstalt Wien Josefstadt. Vorgeworfen wird ihm vor allem Drogenhandel und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Er bleibt in Untersuchungshaft [...]

Der Prozess beginnt; Die einzigen Grundlagen für die Anklage ist die Tatsache, dass er 50€ bei sich hatte und sich in der Nähe eines Wohnheims für Flüchtlinge aufhielt. Bei der Verhandlung übertreffen sich die als Zeugen geladenen Polizisten gegenseitig mit widersprüchlichen Aussagen. Christian bekennt sich nicht schuldig, sowohl zum Vorwurf des Drogenhandels als auch zu dem des Widerstands gegen die Staatsgewalt. Die Polizisten geben sich noch immer überzeugt, dass Christian am Tag der Kontrolle mit Drogen gedealt hat. Dies obwohl bei ihm weder Drogen gefunden, noch vermeintlich verschluckte Drogenkügelchen von ihm ausgeschieden wurden. Der Anklage fehlen somit jegliche Beweise.

Die Anklage wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt rührt daher, dass die Polizisten behaupten, Christian habe sich mit Gewalt gegen die Kontrolle gewehrt. Die Polizisten sagen zum Ablauf der Amtshandlung sehr widersprüchliche Versionen aus, Christian kann sich nicht erinnern, jemanden angegriffen zu haben. Vor allem über das Festhalten von Christian am Hals (!!) waren sich die Polizisten uneinig. Klar wurde jedoch, dass die Polizisten ihm nicht gesagt haben, warum sie ihn kontrolliert bzw. am Hals gepackt haben. [...]

Die Richterin kommt so zum Schluss, dass selbst wenn es zu einer Rangelei zwischen Christian und den Polizisten gekommen ist, eine Widersetzung Christians gegen das Würgen keinen (vorsätzlichen) Widerstand gegen die Staatsgewalt darstellt. Auch vom Vorwurf des Drogenhandels spricht sie ihn frei, da es offensichtlich keine Beweise für einen solchen gibt. Außerdem erklärt sie den Polizisten, dass in einem Rechtsstaat alle Menschen gleich zu behandeln sind. [...]

>> at.indymedia.org/front.php3?article_id=33950&group=webcast

Studium ohne Gebühr? Letzte Runde, Ende, Aus

von wurm - 31.10.2003 19:04

Nachdem zunächst Baden-Württemberg als Vorreiter in Sachen "Langzeitstudiengebühren" einige Zeit allein blieb, gab es in den letzten zwei Jahren dann kein Halten mehr: Inzwischen liegt die Mehrzahl der deutschen Hochschulen in Ländern, wo sie beschlossene Sache sind. Angesichts des hohen Tempos der Entwicklung gelang es nur wenigen, den Überblick zu behalten.

Von entscheidender Bedeutung war, daß sich nicht nur einige kleinere CDU-regierte Länder dem baden-württembergischen Modell anschlossen (Saarland, Thüringen, Hamburg), sondern auch die SPD Gefallen an diesem Vorhaben fand, teilweise unter dem Deckmantel eines sogenannten "Studienkontenmodells" (Rheinland-Pfalz), teilweise aber auch durch direkte Imitation des baden-württembergischen Modells (Niedersachsen) oder durch dessen Imitation unter Inaussichtstellung eines zukünftigen "Studienkontenmodells" (Nordrhein-Westfalen). Schließlich begann auch der rote Senat in Berlin - vorgeblich aufgrund der Berliner Finanzkrise -, an einem solchen Modell Geschmack zu finden.

Nachdem die Proteste des Sommers 2002 den Beschluß der Gebühren im größten Bundesland NRW nicht verhindern konnten, trotz der Proteste von Sommer 2002 bis zum Frühjahr 2003 auch in der einstigen linken Hochburg Hamburg die Gebühren (und noch vieles mehr ...) beschlossen werden konnten, und auch die gleichzeitigen Proteste in Berlin recht verhalten blieben, ist inzwischen kaum ein Bundesland mehr sicher studiengebührenfrei. [...]

Das letzte große und reiche Bundesland ohne Gebühren ist Hessen. Das will die Regierung unter CDU-Rechtsaußen Roland Koch im Zuge der sogenannten "Operation sichere Zukunft" - die tatsächlich ein brutalstmögliches Sparprogramm zugunsten der ärmeren Bevölkerungsschichten darstellt - schnell und radikal ändern. Dem vorliegenden Entwurf eines Hessische Studienguthabengesetz (StuGuG) zufolge sollen in Hessen nicht nur, wie in andern Bundesländern schon, Gebühren für "Langzeitstudenten" und Zweitstudium eingeführt werden, sondern die Gebühren für "Langzeitstudenten" sollen auch noch nach der Dauer der Überschreitung des "Studienguthabens" gestaffelt werden: Nach einer Überschreitung um 3 bzw. 4 Semester (je nach Regelstudienzeit) werden zunächst 500€, im darauffolgenden Semester jedoch bereits 700€ und in allen folgenden Semestern 900€ (!) fällig.

Durch diese Pläne wird der ohnehin sadistische Charakter der "Langzeitstudiengebühren" (die als rein an der Zeitdauer orientierte Strafgebühren ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Inanspruchnahme von Ressourcen übrigens ohnehin ein deutsches Spezifikum darstellen) auf

die Spitze getrieben. Während die Studierenden offensichtlich an den meisten Orten noch glauben, es werde bei den Gebühren für "Langzeitstudierende" und Zweitstudierende bleiben, von denen die übrigen Studierenden jedoch nicht direkt betroffen wären, haben die Politiker nicht nur der CDU inzwischen weitergehende Pläne. Die CDU/CSU ist inzwischen fast geschlossen für allgemeine Studiengebühren vom ersten Semester an. [...]

Zu Semesterbeginn kam es zu zahlreichen Protesten ... Spontandemos, Vollversammlungen, Streiks und Strassenblockaden. Mehr unter:

>> de.indymedia.org/2003/10/64599.shtml



Vollversammlung an der Uni in FF/Main am 4.11.03

Castor: Hintergründe

von viele - 09.11.2003 21:59

Ein Aktionsschwerpunkt ist auch in diesem Jahr wieder die Stadt Lüneburg. Der Castorzug muß die Stadt Lüneburg nicht nur in jedem Fall passieren; die Stadt ist ein wichtiger Logistik-Punkt der Polizei, und mit der Bezirksregierung sitzt hier auch ein großer Teil der politisch Verantwortlichen für den Castortransport und für den ihn begleitenden Polizeieinsatz. Im Wendland konzentriert sich der Widerstand auf die "Regio Aktiv" im Gohrde-Wald entlang der Bahnstrecke vom Lüneburg nach Dannenberg. Zum anderen gibt es in Hitzacker ein Camp und an den drei Widerstandsdörfern Gusborn, Grippel und Laase sind vom Bündnis Widersetzen Aktionen geplant. Mit dem Aufruf zu einer "Castorellen Landpartie" versuchte die BI Lüchow-Dannenberg dieses Jahr mehr Menschen zur Castortransportzeit ins Wendland zu mobilisieren und dabei mit Kulturveranstaltungen an der Castorstrecke Protest zu zeigen.

Kriminalisierung von AktivistInnen

"Angemeldete Demonstrationen werden ab der Zeit vom 10. November, nicht angemeldete ab dem 8. November des Jahres bis zum Transportende untersagt", heißt es in der Verfügung der Bezirksregierung Niedersachsen, gegen die Widerspruch eingelegt wurde. Der Aufbau in von Infrastruktur in Lüneburg wurde behindert, in Karlsruhe bekamen bekannte AtomkraftgegnerInnen im Vorfeld Demonstrationsverbote und Hausdurchsuchungen.

Auch die Medien tragen wesentlich zur Kriminalisierung von Widerstand bei, indem sie sich als Propaganda-Instrument missbrauchen lassen. Neben frei erfundenen Berichten über Gewalttäter, wird versucht mit falschen oder verfälschten Nachrichten die Aktivisten zu demotivieren. Darüberhinaus hat die Polizei eine extra Propaganda-Abteilung eingerichtet. Gleichzeitig werden unabhängige Journalisten in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, bedroht oder direkt angegriffen.

>> de.indymedia.org/2003/11/65509.shtml



Beliebtes Ziel für Besetzungen

Gorleben in der Frühe besetzt!!!

von randbild - 09.11.2003 10:06

Im Zusammenhang mit dem anstehenden Atom-mülltransport haben Aktivisten der Umweltschutzgruppe Robin Wood heute in der Morgendämmerung einen Förderturm des Erkundungsbergwerks in Gorleben besetzt. Sie entrollten ein Transparent mit der Aufschrift "Castor stoppen!". Einige Demonstranten seilten sich trotz widriger Witterung von dem Schachturm ab. Damit ist der Erkundungsbergwerk zum dritten Mal Schauplatz einer Besetzung. Im September besetzte eine "Besucherguppe" aus dem hiesigen Widerstand das Bergwerk in 800 Metern Tiefe und erst vor wenigen Tagen besetzten Greenpeace-Aktivisten den selben Förderturm, der nun von Robin Wood Besuch bekam. Der Widerstand scheint dem nahenden Castortransport einen Empfang mit Pauken und Trompeten bereiten zu wollen...

>> de.indymedia.org/2003/11/65424.shtml



"Kein Atomklo in Gorleben"

Polizeieigenes Propaganda-Radio

von Info Bär - 09.11.2003 20:17

Seit drei Jahren hat die Polizei für die Castor-Einsätze eine über hundert Beamten starke Propaganda-Abteilung, offizieller Name: „Einsatzbegleitende Öffentlichkeitsarbeit und Konfliktmanagement“. In diesem Jahr hat sich diese Abteilung wieder etwas neues einfallen lassen: Ein eigenes Polizei-Radio, zunächst nur für die Beamten im Gorleben-Einsatz.

Erfunden wurde die Sondertruppe vom Polizeidirektor Hans Reime. "Offensive Öffentlichkeitsarbeit" nennt er diese, verfassungsrechtlich mindestens fragwürdige Aktivität der Polizei. Entwickelt wurde sie unter Mitarbeit des "Sozialwissenschaftlichen Dienstes der Polizei". Seit drei Jahren werden dort Lügen erfunden, für die Presse aufbereitet und als Pressemeldungen oder durch "Pressebetreuer" im persönlichen Gespräch verbreitet. Desweiteren werden von den Beamten Journalisten intensiv "betreut". [...]

Das sind angeblich psychologisch besonders gut geschulte Beamte, die vorgeblich die Aufgabe hätten, Konflikte zwischen Bürgern und Polizei gewaltlos zu lösen. Da sie das noch nie gemacht haben, entweder gar nicht können oder wollen, wurden bei den vergangenen Einsätzen, von den Kollegen in der Lüneburger Zentrale Erfolgsmeldungen reihenweise erfunden und der Presse übermittelt. Alle dieser Meldungen aus den beiden Einsätzen im März und im November 2001 haben sich nachträglich als nachweislich falsch herausgestellt.

Zu den Aktivitäten gehört auch die Einrichtung und Betreuung einer eigenen Castor-Einsatz Homepage der Polizei. Dort wurde bei den Einsätzen auch ein unzensuriertes Diskussionsforum unterhalten, in dem Bürger und Polizeibeamte Argumente austauschen konnten. Weil das Ganze im Jahre 2001 im totalen Argumentations-Fiasko für die Polizei endete, wurden 2002 alle Beiträge gelöscht und ein Neuanfang versucht. Nachdem auch hier die Beamten, wie in jeder öffentlichen Diskussionsveranstaltung, hoffungslos in die Defensive gerieten, wurde das Forum jetzt sang- und klanglos eingestellt.

Bereits im November 2001 hatte sich diese Propagandatruppe etwas ganz neues einfallen lassen: Einen Polizei-Lautsprecherwagen, mit dem sie vor dem Demozug in Lüneburg herfuhr, geschmacklose Musik spielten, die Bürger mit (falschen) Mitteilungen über den Demozug "informierten" und so das Bild des Zuges in klar verfassungswidriger Weise beeinflussen wollten. Dieser Wagen konnte aber durch entschlossenes Auftreten der Demo-Organisation und von Demoteilnehmern relativ rasch unterbunden werden.

In diesem Jahr nun gibt es wieder etwas neues: Wohl weil den Beamten auch die dieserart

manipulierte Presseberichterstattung der Medien nicht zuzumuten ist, hat die Abteilung für die Beamten ein eigenes Polizei-Radio für die Dauer des Einsatzes eingerichtet.

>> de.indymedia.org/2003/11/65486.shtml

Castor: Auftaktdemo

von randbild - 08.11.2003 17:56

Es hatte dann doch niemand erwartet: Mehr Menschen als im letzten Jahr, als das Ende des Gorlebenwiderstands herbeigeredet wurde, demonstrierten heute in Dannenberg. Über 6.000 AtomkraftgegnerInnen zogen vom Marktplatz der Elbestadt am Verladekran für die Castorbehälter vorbei. Die Bäuerliche Notgemeinschaft organisierte rund 200 Traktoren, ebenfalls mehr als beim letzten Transport vor einem Jahr. Auch nach 25 Jahren des Protestes bleibt Gorleben ein Kristallisationspunkt im Widerstand gegen die Atompolitik - gleich welche Regierung in der Bundesrepublik regiert.

>> de.indymedia.org/2003/11/65333.shtml



Warum Widerstand?

von viele - 09.11.2003 21:59

Aus vielerlei Hinsicht ist der fortgesetzte Transport von Atommüll äußerst fragwürdig. Jeder Atomtransport bedeutet eine zusätzliche Gefährdung für Mensch und Umwelt. Die Frage der Endlagerung ist noch immer nicht geklärt. Der Standort Gorleben ist aufgrund seinen nicht durchgängigen Sediments definitiv ungeeignet - trotzdem aber wird der Salzstock weiter erkundet. Umweltminister Trittin hat im Mai eine Kommission eingesetzt, die bundesweit nach anderen geeigneten Endlagerstandorten suchen soll. Aber egal wo der Müll nun gelagert wird, ein Endlager in dem Sinne, wie es die Atomindustrie es suggerieren will, kann und wird es nie geben. Keine geologische Formation kann garantieren, daß sie sich nicht während der Jahrtausende, die der Atommüll noch strahlen wird, verändert - egal ob es sich um Salzstöcke, Granit oder was auch immer handelt. Schon diese Tatsache wäre Grund genug, alle Atomkraftwerke sofort abzuschalten.

Trotzdem sehen die von der Bundesregierung und der Atomindustrie vereinbarten Restlaufzeiten einen Weiterbetrieb der bundesdeutschen AKWs für mindestens weitere 30 Jahre vor. So wird sich die gesamte Atommüllmenge noch einmal verdoppeln. Da die Atomindustrie die Reststrommenge frei zwischen den AKWs verteilen kann, kann die angekündigte Abschaltung des AKWs Stade nicht als wirklicher Erfolg gesehen werden, da andere Atomkraftwerke dann entsprechend länger betrieben werden können.

Auch jetzt noch werden bestehende Atomanlagen ausgebaut oder neue eingeweiht. Die Atomülllager an den AKW-Standorten werden zwar der Atomindustrie in einigen Jahren die Castortransporte ersparen, die zur Zeit der wichtigste Ansatzpunkt des AntiAtom-Widerstandes sind; aber an der allgemeinen Situation von Atommüllproduktion und Restrisiko wird sich nichts ändern. Auch der Ausbau der Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau wird fortgesetzt, der erste Schritt der Atomspirale hier in Deutschland. Mit dem Forschungsreaktor FRM II ist in diesem Jahr sogar erstmals seit 15 Jahren wieder ein komplett neuer Atommeiler in der BRD in Betrieb gegangen. Das FRM II Projekt ist vor allem durch die Verwendung von hochangereichertem, atomwaffenfähigem Uran (HEU) im Reaktorkern auch international scharf kritisiert worden.

Immer wieder wird von der Friedensbewegung und von Atomkraftgegnern auf die Zusammenhänge zwischen Atomenergie, Wiederaufbereitung zu waffenfähigen Spaltprodukten und nukleare Aufrüstung hingewiesen. Die enge Verbindung zwischen der zivilen und der militärischen Nutzung der Atomkraft ist offenbar: Das bei der zivilen Nutzung der Atomkraft anfallende Plutonium kann einfacher zum Bau von Atomwaffen gewonnen werden, als es mit der Urananreicherung möglich wäre. Somit gibt es auch ein militärisches Interesse am Weiterbetrieb von Atomkraftwerken.

Der deutsche Atommüll wird in den Plutoniumfabriken "Wiederaufarbeitungsanlagen" in Sellafield (GB) oder La Hague (F) verarbeitet. Die Möglichkeit der Gewinnung von Plutonium war in den 50er und 60er Jahren der einzige Grund, die Atomtechnik durch massive staatliche Subventionen überhaupt erst zu ermöglichen. Der Vorgänger des Anti-Demokraten und abzusehenden Bundeskanzlers Stoiber, CSU-Rechtsaussen F.J. Strauß war einer der führenden Protagonisten des bundesdeutschen Atomprogramms.

Vom einem Atomausstieg kann also auch im November 2003 keine Rede sein. Außerdem wurde trotz Ankündigung kein Neubauverbot für AKWs beschlossen, genauso kann die Atomindustrie weiterhin die Gelder, die sie als steuerbefreite Rückstellungen in Milliardenhöhe für die "Entsorgung" des Atommülls ansammeln muß, frei auf dem Kapitalmarkt anlegen und sich so weiter in andere Industriezweige einkaufen. Diese Situation stellt weiterhin eine öffentliche Förderung des Atomstroms dar. Diese Tatsache läßt auch den Vorwurf der Subventionierung der Windenergie in einem anderen Licht erscheinen.

